

338. Sitzungsprotokoll

Termin Montag, 10. September 2012, 19.30 Uhr

Ort Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal

Vorsitz Stauffer Heinz (SVP), Präsident
1. Vizepräsidentin Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz Grüne)
2. Vizepräsident Lädach Markus (FDP)
1. Stimmzählerin Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)
2. Stimmzähler Wälti Martin (SVP)

Mitglieder Seematter Adolf (EDU)

Cetin Mayk (EVP)
Leiser Thomas (EVP)
Suter Harry (EVP)
Zimmermann Lukas (EVP)

Blumer Jacques (FDP)
Emch Ulrich (FDP)
Jörg Peter (parteilos; Sitz FDP)
Kämpfer Erwin (FDP)
Maccaferri-Iseli Barbara (FDP)
Masciadri Monica (FDP)
Messerli Gregor (FDP)

Jorio Nicola (GLP) (ab 19.45 Uhr; Traktandum Nr. 4)

Rebsamen-Wenger Barbara (Grüne)
von Arx Roland (Grüne)

Aebersold Daniel (SVP)
Bernhard Niklaus (SVP)
Gambon Albert (SVP)
Hirsbrunner Bruno (SVP)
Wermuth Bruno (SVP)

Büchel-Wampfler Sandra (SP)
Federer Guido (SP)
Fröhlich-Zysset Binia (SP)
Fröhlich Viktor (SP)
Le Fort Geneviève (SP)
Moser Christoph (SP)

Ramseier-Doevendans Anneke (SP)
Zeh Weissmann Heiko (SP)

Abwesend Bernhard Therese (SVP)
Burkhalter-Huber Regula (SP)
Gfeller Paul (SVP)
Schwarzenbach Jürg (FDP)
Seiler Philippe (Grüne)
Würgler Walter (FDP)
Zimmermann-Oswald Mirja (EVP)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident
Gimmel Jonathan
Hauser Ernst
Hubacher Peter
Kaufmann Jürg
Lanfranconi Guy
Stoll Hanspeter

Abteilungsleiter Jenzer Fritz, Leiter der Finanzabteilung
Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Zaugg Werner, Leiter der Sozialdienste

Sekretär Wälti Thomas, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokollführerinnen Gfeller Monika, Sekretärin Präsidialabteilung
Zwahlen Nicole, Lernende Präsidialabteilung

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 25. Juni 2012: Genehmigung
3. Datenschutz- und Informationsreglement, Änderung: Genehmigung
4. Beschäftigungsprogramm für ausgesteuerte Sozialhilfebezüger; Weiterführung: Genehmigung
5. Parlamentarische Vorstösse:
 - 5.1 Motion der SP-Fraktion betreffend Zukunft Rüfenacht
 - 5.2 Postulat der SP-Fraktion betreffend Vermittlung von Freiwilligenarbeit in Worb
 - 5.3 Postulat der SP-Fraktion betreffend Samstagmarkt
 - 5.4 Postulat der SVP-Fraktion betreffend Kundenfreundliche Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung
 - 5.5 Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Durchgang Sommerweg
 - 5.6 Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 338	10.09.2012	1	2009/12-391	143	12/0/0

Ratspräsident Stauffer Heinz:

- Die Organisatoren des Ratausfluges wären dankbar, wenn sich die angemeldeten Teilnehmer bei kurzfristiger Abwesenheit abmelden würden.
- Bis heute Abend besteht die Möglichkeit, sich für die Agglomerationstagung vom 2. November 2012 anzumelden. Der Ratssekretär nimmt die Anmeldungen entgegen.

Protokoll der Sitzung vom 25. Juni 2012: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 338	10.09.2012	2	2009/12-392	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Datenschutz- und Informationsreglement, Änderung: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 338	10.09.2012	3	2009/12-393	14	13/20

Detailberatung

Jörg Peter, GPK: Die Änderung im Datenschutz- und Informationsreglement beinhaltet den Auftrag an den Gemeinderat, die Regelung der öffentlich zugänglichen Informationen mit einer Verordnung

zu regeln. Ausschlag für dieses Geschäft gab die Datenaufsichtsstelle des Kantons Bern mit einem Hinweis, dass unsere Veröffentlichungen, besonders von den Einsätzen der Feuerwehr, im Internet eine Grundlage haben müssen. Weil es eine Informations- und Datenbekanntgabe ins Ausland ist, muss eine Grundlage auf Gemeindeebene geschaffen werden. Jede Person im Ausland kann sich informieren, welche Einsätze die Feuerwehr Worb tätigt. Die Aufsichtskommission ist materiell für den Datenschutz sowie für die Aufsicht zuständig. Die Kommission hat sich am 27. Februar 2012 zum Geschäft geäußert und es wurde vereinbart, dass ich dieses Geschäft im Parlament vertreten werde. Die publizierten Infos zu den Einsätzen hat die Feuerwehr im Übrigen immer vollständig anonymisiert. Trotzdem war es möglich, gewisse Rückschlüsse auf die entsprechenden Interventionen zu ziehen. Lediglich die Grundlage an diesem Reglement fehlte und das soll jetzt nachgeholt werden. Die Änderung orientiert sich stark am Musterreglement, welches das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zur Verfügung stellt. Es handelt sich um technische Fragen. Die Verordnung im Entwurf ist in den Unterlagen enthalten und der Gemeinderat soll diese Verordnung nun erlassen. Die Verordnung soll in Zukunft schneller angepasst werden können, so dass wir uns zukünftig nicht im Parlament mit dem Reglement befassen müssen. Der vorgeschlagene Artikel 10a schafft die Rechtsgrundlage dafür. Die Botschaft an den GGR ist vollständig und auch nachvollziehbar. Deshalb beantragen wir euch, dass ihr die Änderung des Datenschutz- und Informationsreglements mit dem neuen Artikel 10a genehmigt.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Die Feuerwehr informiert die Bevölkerung im Internet im Rahmen eines sogenannten Einsatztagebuches regelmässig über ihre Einsätze. Die Bevölkerung zeigt reges Interesse an diesem Tagebuch und es wird regelmässig gelesen. Die Feuerwehr tritt auf diese Weise mit der Bevölkerung in Kontakt und kann so auch Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen. Der Vorredner hat es gesagt: Eine Publikation im Internet kann selbstverständlich überall auf der Welt gelesen werden. Und deshalb hat uns die kantonale Datenschutzaufsichtsstelle darauf aufmerksam gemacht, dass eine solche Publikation einen entsprechenden kommunalen Erlass als Grundlage braucht. Der Gemeinderat möchte dieses Einsatztagebuch selbstverständlich erhalten und legt euch aus diesem Grund eine Änderung des kommunalen Datenschutz- und Informationsreglements zum Beschluss vor. Gemäss dem neuen Artikel 10 erhält der Gemeinderat formell die Kompetenz, in einer Verordnung die Bekanntgabe öffentlich zugänglicher Informationen mit Personendaten im Internet und mittels internetähnlicher Dienste zu regeln. Die entsprechende Verordnung folgt dann, wie auch der Zusatz im Reglement, der Musterverordnung des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR). Die Verordnung regelt die technischen Fragen und kann so, wenn eine technische Änderung vorliegt, relativ leicht angepasst werden. Die Verordnung liegt im Entwurf bereits vor und die Mitglieder der GPK konnten Einsicht in diese Verordnung nehmen. Der Gemeinderat bittet euch, der Änderung des Datenschutz- und Informationsreglements zuzustimmen und damit die Grundlage zu schaffen, dass die Feuerwehr weiterhin das Einsatztagebuch im Internet publizieren darf.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 31 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 47 Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Die Änderung des Datenschutz- und Informationsreglements wird genehmigt.
2. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 47 Abs. 1 Bst. a
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35
 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Beschäftigungsprogramm für ausgesteuerte Sozialhilfebe- zöger, Weiterführung: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 338	10.09.2012	4	2009/12-394	545	44/30/2

Detailberatung

Moser Christoph, GPK: Das Beschäftigungsprogramm für ausgesteuerte Sozialhilfebezüger bzw. der entsprechende Kredit läuft Ende des Jahres 2012 aus. Es handelt sich um ein durchwegs positives und in der Gemeinde etabliertes Projekt. Die der Gemeinde Worb entstehenden, nun etwas höheren Kosten von jährlich CHF 80'000.-, begründen sich unter anderem damit, dass nun insgesamt 12 Arbeitsplätze bewilligt wurden. Der Betrag des Kantons von CHF 72'000.- ist bis am 31. Dezember 2013 begrenzt. Das heisst, dass das Angebot im bisherigen Rahmen ab dem Jahr 2014 nur gesichert ist, wenn der Kanton die Mitfinanzierung entsprechend verlängert. Der Leistungsvertrag mit der Trägerschaft kann also nur bis Ende 2013 abgeschlossen werden. Diese kurze Zeitspanne ist an sich unbefriedigend. Sie kann aber von Seiten der Gemeinde nicht beeinflusst werden und bringt somit eine schlechte Planungssicherheit mit sich. Zu beachten ist zudem, dass die Genehmigung der Produktedefiniton eine zeitlich unbeschränkte Unterstützung des Projektes ermöglicht. Der Gemeinderat kann in Zukunft selber entscheiden, ob er das Projekt weiterführen will oder nicht. Die Finanzkommission hat das Geschäft am 27. Juni 2012 behandelt und positiv beurteilt. Das Dienstleistungsangebot hat sich aufgrund der Entwicklung im Recyclingbereich etwas verschoben und wurde deshalb ausgebaut. Das steht in den Unterlagen. Die Botschaft an den GGR ist ausreichend begründet und ausgezeichnet dokumentiert. Die GPK beantragt dem GGR, die Produktedefinition Arbeits- und Beschäftigungsprojekt zu genehmigen.

Gemeinderat Stoll Hanspeter, Departementsvorsteher Soziales: Ihr habt es hoffentlich nicht nur an der ausführlichen und entsprechend langen Botschaft erkannt, dass ich heute mit einem Geschäft vor den Rat komme, das mir und dem Gemeinderat sehr wichtig ist. Es geht, wie es Christoph bereits erwähnt hat, um die Fort- bzw. Weiterführung unseres Beschäftigungsprogramms „recy“, das vielen ausgesteuerten Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezügern eine Beschäftigung ermöglicht. Es geht in diesem Geschäft nicht nur um Beschäftigung. Das Programm bietet nämlich viel mehr. Es gibt Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die nicht gerade auf der Sonnenseite des Lebens stehen, dies ist uns allen bekannt. Sie brauchen eine Tagesstruktur, einen neuen Lebenssinn und das Programm vermittelt nicht nur das, sondern manchmal auch neue Kontakte und bedeutet für viele Personen sogar ein bisschen Familie oder Heimat. Keine Angst ich werde euch jetzt nicht den gan-

zen Vortrag herunterbeten, denn ich habe diesen extra ausführlich gestaltet. Ich möchte ein paar zentrale Punkte hervorheben. Wir wissen es, und ihr werdet im Budget 2013 sehen, welches für die nächste Parlamentssitzung traktandiert ist, die Zahl der Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger ist hoch und nimmt stetig zu. Aus diesen Gründen steigen die Sozialhilfeausgaben. Die Unterstützungsdauer steigt ebenfalls an, weil die Arbeitslosen- und Invalidenversicherung immer mehr Personen aus ihrer Unterstützung ausschliessen. Im Weiteren bestehen gesetzliche Grundlagen, welche erfüllt werden müssen. Die Anforderungen von Arbeitsstellen werden immer höher und diese können nicht von allen Personen erfüllt werden. Der Kanton befasst sich seit mehr als 15 Jahren mit dieser Problematik. Der Kanton unterstützt Personen, welche in eine solche Situation geraten und hilft beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. Die Gemeinde kann diese Angebote im Lastenausgleich der Sozialhilfe abgeben, aber am Schluss bezahlen wir dafür. Es ist erfreulich, dass in den 15 Jahren die Vermittlungsquote vom ganzen Kanton bei mehr als 30% liegt. Der Blick nach Worb zeigt, dass wir rund 100 arbeitsfähige, aber erwerbslose Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezüger haben. Die Angebote, welche der Kanton anbietet, reichen nicht aus. Aus diesem Grund hat der GGR bereits im Jahr 2007 ein solches Betreuungsangebot beim Verein „stay a while“ eingekauft. Dies ist in der Botschaft ausführlich beschrieben. Dieser Verein lässt ein so genanntes Recycling-Projekt „recy-worb“ betreiben. Der Name „recy“ kommt nicht von ungefähr, sondern vom ursprünglichen Stammauftrag, als in der alten Mosterei elektronische Geräte zerteilt wurden. Wir dürfen festhalten, dass dieses Projekt Erfolg hat. Zudem ist es für die Sozialdienste der Gemeinde Worb ein ideales und wichtiges Instrument. Im Jahr 2008 wurde das Angebot auf vier Jahre verlängert und diese Frist läuft nun ab. Sieben Arbeitsplätze hat die Gemeinde Worb in diesem Projekt eingekauft. Zehn Personen haben diese Arbeitsplätze belegt und wir betreiben hier bewusst ein niederschwelliges Angebot. Gerne dürft ihr im „recy“ vorbeischaun, dort ist Jede/r willkommen. Es lohnt sich dieses Programm anzuschauen. Den Sozialdiensten und mir ist es wichtig, auch wenn es nun ein bisschen fremd tönt, die Personen zu bewirtschaften. Dies ist nur möglich, wenn ein solches Programm besteht. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter haben nicht eine „Laissez-faire-Stimmung“, sondern das „recy“ ist ein gutes Instrument um Abklärungen zu tätigen. Abklärungen können schnell getroffen werden, weil das „recy“ vor Ort ist. Es ist wichtig, dass Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezüger an einem solchen niederschwelligen Programm teilnehmen können. Sobald sie arbeiten sind die Motivation, die Zuverlässigkeit und die Pünktlichkeit dieser Personen ersichtlich. Es ist wichtig, dass diese Personen eine Tagesstruktur erhalten. Nach einer Beobachtungsphase gibt es auch Aufstiegsmöglichkeiten für Personen, die gewillt sind zu arbeiten. Sie können an die Institution AMI in Ittigen vermittelt werden. Solche Vermittlungen sind ein sichtlicher Erfolg. Der Kanton hat in den letzten Jahren reagiert und die Integrationsangebote ausgebaut. In dem Zusammenhang hat die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) die Gemeinde Worb ermächtigt, fünf weitere Plätze auf Kantonskosten im „recy“ zu platzieren, so dass wir insgesamt zwölf Plätze anbieten können. Sieben Plätze werden von der Gemeinde finanziert. Der aktuelle Vertrag ist bis Ende dieses Jahres gültig. Eine Bemerkung zu der Finanzierung der Kosten. Es ist allgemein bekannt, dass man mit dem Recycling von elektronischen Geräten nicht das grosse Geld verdienen kann. Das „recy“ kämpfte in all diesen Jahren, in denen es existiert, mit den Finanzen und der tägliche Kampf um das Überleben ist gross. Es ist den Betreibern immer gelungen, dass eine einigermaßen oder sogar ausgeglichene Rechnung zu Stande kam. Dank vielen Spenden konnte auch schon ein Gewinn generiert werden. Insbesondere ist es dank dem Engagement und dem Herzblut, das die Verantwortlichen dort täglich für die Betreuung der Personen im „recy“ einbringen, möglich. In den letzten Jahren sind neue Recycling-Firmen aufgebaut worden und dort wird der Elektroschrott schneller und rationeller verarbeitet. Dies hat mitunter auch dazugeführt, dass der Ertrag auch im „recy“ massiv gesunken ist. Das „recy“ hat richtig reagiert und ist in die Offensive gegangen. Sie haben den Markt analysiert und einen neuen Betriebszweig aufgebaut. Rasch ent-

standen Diskussionen, wenn bei einem Arbeitslosenprojekt neue Betriebszweige geschaffen werden. Denn es soll keine Konkurrenz zwischen den Gewerbebetrieben und dem „recy“ entstehen. Dies ist heute kein Thema mehr, da gute Gespräche zwischen dem „recy“ und den Gewerbebetrieben stattgefunden haben. Neue Betriebszweige (Elektrokabel- und Kunststoffrecycling) sind natürlich mit Investitionen verbunden. Amortisationen müssen getätigt werden und die angespannte Finanzlage wird dadurch nicht besser. Der Produktpreis von CHF 80'000.- beinhaltet das gesamte Arbeits- und Beschäftigungsprojekt mit den 12 Arbeitsplätzen. Ich habe bereits erwähnt, dass sieben Plätze von der Gemeinde sind und der Kanton würde für seine Plätze CHF 72'000.- beisteuern. Wie schon gesagt, wissen wir nicht, ob der Kanton auch ab dem Jahre 2014 bereit ist, Geld in dieses Projekt zu investieren. Wir hoffen, dass der Kanton weiterhin Bereitschaft zeigt. Definitiv planen können wir aber nicht. Im Weiteren kostete uns dieses Beschäftigungsprogramm pro Unterstützungseinheit des letzten Jahres rund CHF 10'500.-. Pro Monat sind dies Kosten von CHF 875.- oder pro Arbeitstag weniger als CHF 50.00.-. Den Nutzen dieses Projektes habe ich bereits erläutert. Es ist ein hilfreiches Instrument für den Sozialdienst. Nicht alle Sozialhilfebezüglerinnen und Sozialhilfebezügler die arbeiten sollen, sind bereit zu arbeiten. Sie versuchen zu entkommen und fallen uns nicht für die Unterstützung an. Es gibt eine gewisse Steuerung für die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und sie sind froh, dass dieses Beschäftigungsprogramm besteht. Wir sind überzeugt, dass die Sozialhilfeausgaben ohne dieses Angebot noch einmal wesentlich höher ausfallen würden und die durchschnittliche Unterstützungsdauer länger dauern würde. Aus diesen Gründen unterstützt die Finanzkommission, trotz der angespannten Finanzlage, das Beschäftigungsprogramm. Nun noch zwei Bemerkungen. Vielleicht haben sich einige von euch gefragt, weshalb der Beschluss so abgefasst ist, dass die CHF 80'000.- nicht explizit erwähnt sind? In dem Produktpreis sind die CHF 80'000.- enthalten. Wird der Beschluss genehmigt, ist somit auch der Produktpreis genehmigt. Aus diesen Gründen muss dieser Betrag nicht im Beschluss erwähnt werden. Die zweite Frage, welche allenfalls im Raum steht: Weshalb wird dieses Beschäftigungsprogramm nicht wieder für vier Jahre befristet? Hier soll es wie bei allen anderen NPM-Projekten sein. Die Steuerung und die Kompetenz sollen beim Gemeinderat liegen. Selbstverständlich hat das Parlament das letzte Wort. Beispielsweise bei der Beratung in der jeweiligen Jahresplanung, respektive bei der Budgetgenehmigung könnt ihr euch dazu äussern, ob dieses Projekt weitergeführt werden soll oder nicht. Ich möchte es nicht unterlassen, den Verantwortlichen des „recy“ zu danken, von denen doch einige hier auf der Tribüne sitzen. Dies ist auch ein Zeichen und zeigt, wie wichtig, dieses Beschäftigungsprogramm ist. Herzlichen Dank für euren Einsatz. Der Einsatz, welchen ihr täglich leistet, ist nicht selbstverständlich. Ich hoffe, das Parlament unterstützt dieses Beschäftigungsprogramm mit einem klaren und deutlichen Ja.

Kühn-Blank Christa, Grüne: Albert Schweizer, der elsässische evangelische Theologe, Musiker, Arzt, Philosoph und Friedensnobelpreisträger sagte: „Der ärmste Mensch ist der, der keine Beschäftigung hat.“ Die Arbeit steht im Zentrum unseres Lebens. Nicht nur, weil sie Geld bringt: Sie stiftet Sinn und Identität. Durch sie dürfen wir uns als nützliche Mitglieder der Gesellschaft fühlen. Wir brauchen sie, um glücklich zu sein – und sei es auch nur als Kontrast zur Freizeit, die wir ohne diesen Gegenpol nicht geniessen könnten. Wer seine Arbeit verliert, hat nichts mehr zu erzählen, ihm droht die gesellschaftliche Isolation. Der Jobverlust belastet die Psyche und wird zur Gefahr für die Gesundheit. „Arbeit gibt uns mehr als den Lebensunterhalt, sie gibt uns das Leben.“ Dies ist ein Zitat von Henry Ford, dem amerikanischen Grossindustriellen. Den Unterlagen zu diesem Geschäft konnten wir entnehmen, dass in den letzten zwei Jahren rund 30 Personen pro Jahr im Beschäftigungsprogramm für eine gewisse Zeit Arbeit fanden. Wenn wir weiter lesen, dass die Sozialdienste Worb über 100 arbeitsfähige, aber erwerbslose Sozialhilfebezüglerinnen und –bezügler beraten und unterstützen, so konnte doch rund einem Drittel nicht nur mit Geld und Worten, sondern auch mit

der Vermittlung einer praktischen Tätigkeit geholfen werden. Neben den im Dossier dargestellten wirtschaftlichen Nutzen für die Gemeinde und die Vorteile für eine gezielte Sozialarbeit, bedeutet dieses Beschäftigungsprogramm für diejenigen, die in seinen Genuss kommen, eine echte Lebenshilfe. Thomas Mann, der deutsche Schriftsteller und Literatur-Nobelpreisträger sagte: „Arbeit ist schwer, ist oft genug, ein freudloses und mühseliges Stochern, aber nicht arbeiten – das ist die Hölle.“ Die Grünen sind für die Weiterführung des Beschäftigungsprogrammes für ausgesteuerte Sozialhilfebezüger.

Maccaferri-Iseli Barbara, FDP: Als Mitglied der Sozialbehörde kenne ich die Problematik für die Wiedereingliederung von arbeitsfähigen, ausgesteuerten Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern. Hanspeter Stoll hat bereits ausführlich über das Beschäftigungsprogramm gesprochen. Die FDP begrüsst das Projekt, des „recy-worb“, das hier durch sein niederschwelliges Angebot für die soziale und berufliche Eingliederung von Sozialhilfebezügerinnen und –bezügern einen wertvollen Beitrag leistet. Sie beurteilen die Teilnehmer auf ihre Fähigkeiten und Grenzen und bieten ihnen eine Tagesstruktur. Mit den wöchentlichen Rapporten vom „recy“ kann der Sozialdienst die Sozialhilfebezügerinnen und –bezüger gezielt beraten und die Zielerreichungen überprüfen. Das gesteckte Ziel, die Integration in ein höherschwelliges Programm, wie das AMI in Ittigen oder sogar in den ersten Arbeitsmarkt, wird dadurch erhöht. Wie der sehr ausführlichen Botschaft zu diesem Geschäft weiter entnommen werden kann, beträgt der Produktpreis der Gemeinde CHF 80'000.- für sieben Arbeitsplätze. Insgesamt werden zwölf Arbeitsplätze angeboten, davon werden fünf Plätze durch den Kanton subventioniert. Trotz der angespannten finanziellen Lage der Gemeinde ist diese Investition von CHF 80'000.- vertretbar und ist gut investiertes Geld. Durch das Projekt „recy“ können die Sozialhilfeausgaben in einem gewissen Masse gesteuert werden. Denn dank den Integrationserfolgen wird die Unterstützungsdauer kleiner, was zu einer Verringerung der leider immer noch hohen Sozialhilfeausgaben führt. Es wäre nur zu hoffen, dass die Zahl der Integrationserfolge im „recy“ noch um einiges gesteigert werden könnte. Die Konkurrenz für das „recy“ im Recyclinggeschäft wird wahrscheinlich auch in Zukunft noch grösser werden und damit die Anstrengungen genügend Arbeit für das „recy-Projekt“ zu finden ebenfalls. In der Bevölkerung von Worb ist das „recy“ noch zu wenig bekannt. Vielleicht könnte da die Worber Post Abhilfe schaffen, indem sie vermehrt über den Betrieb und das Angebot vom „recy“ berichtet. Die FDP genehmigt die Weiterführung des Leistungsvertrages „Arbeits- und Beschäftigungsprogramm“ wie die Produktedefinition vorsieht, ohne Wenn und Aber.

Le Fort Geneviève, SP: Klar Mensch, ist das Motto der SP Worb. Klar unterstützt die SP dieses Beschäftigungsprogramm, denn es bringt für die Direktbetroffenen, der Gemeinde und deren Einwohner, nur Vorteile. Es tut den Sozialhilfebezügerinnen und –bezügern gut, weil es ihnen neue Perspektiven, ein gestärktes Selbstwertgefühl und Vertrauen in die Zukunft bringt. Jede Person, die ihren Weg zur sozialen und beruflichen Integration findet zählt. Deshalb zählt auch jeder einzelne Erfolg. Das Programm tut aber auch der Gemeinde gut, weil es die Sozialhilfeausgaben zu reduzieren hilft, den Verein „stay a while“ unterstützt und die Weiterführung des Betriebes „recy-worb“, respektive die Weiterbeschäftigung seiner Angestellten erlaubt. Klar sagt die SP mit Überzeugung ja zum Beschäftigungsprogramm, weil es menschenorientiert ist. Auch in der Hoffnung, dass es auch nach dem Jahr 2013 weitergeht und dass sich auch der Kanton weiterhin am Projekt beteiligt.

Seematter Adolf, EDU: Ich stehe hier als Vertreter der EDU. Da ich in der Sozialbehörde aktiv bin, spreche ich auch als Mitglied der Fürsorge- und Vormundschaftskommission. Eine Aufgabe dieser Kommission ist die Erfassung und Behandlung allgemeiner sozialer Probleme. Dieses vorliegende Arbeits- und Beschäftigungsprojekt hilft mit, Lösungen zu finden, vor allem für ausgesteuerte Sozi-

alhilfebezüger. Zuerst möchte ich noch einen Dank an den Verein „stay a while“ aussprechen, weil er für die Idee und Realisierung dieses Projektes hier in Worb verantwortlich ist. Danken will ich auch dem Geschäftsleiter Erich Schüpbach und seinen Leuten für ihr grosses Engagement. Die Sozialdienste Worb beraten und unterstützen über hundert arbeitsfähige, erwerbslose Sozialhilfebezüglerinnen und –bezüger. Die Tendenz ist steigend. Das „recy-worb“ hilft mit, die Stärken und Schwächen solcher Personen zu erkennen. Da grundsätzlich eine Gegenleistung der Sozialhilfe erwartet werden darf, ist ein solches Projekt für eine Sozialbehörde unabdingbar. Durch die örtliche Nähe und die wöchentlichen schriftlichen Rapporte sind die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen aktuell über den Verlauf der Ziele ihrer Klienten und Klientinnen informiert und können bei Bedarf schnell reagieren. Wichtige Fragen, wie Motivation, Zuverlässigkeit, Selbständigkeit, körperliche und geistige Leistungsfähigkeit werden schnell erkannt. Bei einer Teilnahmeverweigerung wird die Sozialhilfe gekürzt oder kann sogar eingestellt werden. Wunschziel wäre eine direkte berufliche Integration. Dies wurde jedoch nur in wenigen Fällen erreicht. In vielen Fällen konnte ein anschliessendes qualifizierendes Angebot erfolgen. Meistens im AMI Ittigen. In diesem Sinne wirkt sich das Projekt positiv auf die Gemeinde aus und dieser Vorlage ist klar zuzustimmen.

Leiser Thomas, EVP: Die Vorlage ist sehr gut und umfassend beschrieben und entspricht in ähnlicher Form derjenigen vor vier Jahren, jedoch mit kleineren Anpassungen. Sie widerspiegelt auch die Situation wie sie im Beschäftigungsprogramm anzutreffen ist. Körperliche und geistige Leistungen erbringen, dynamisch und erfolgsorientiert sein, gleichzeitig einen aktiven und positiven Lebensstil anstreben usw. Dies sind alles Anforderungen, die an unser Leben gestellt werden. Allzu oft erleben wir, dass unsere Vorstellungen nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Anstelle der geforderten Leistungen steht Schwachheit und Krankheit. Anstelle eines positiven Lebensstils wird Frustration und Depression erlebt. Genau diese Menschen treffen wir im Beschäftigungsprogramm an, welche dem Druck dieser Anforderungen nicht mehr gewachsen sind und in unserer Gesellschaft durch ein Netzwerk gefallen und am Nullpunkt ihres Lebens angelangt sind. Dazu braucht es dieses Beschäftigungsprogramm. Die EVP entscheidet sich für die Weiterführung aus folgenden Gründen: Die letzten Jahre zeigen, dass Menschen oder Sozialhilfebezüger in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten, respektive sie konnten ins AMI Ittigen weitergeführt werden. Weiter ist es ein gutes Auffangnetz für neu ins Sozialnetz geratene Jugendliche, zum Beispiel als Überbrückung bei Lehrabbruch. Das niederschwellige und sehr flexible Angebot hilft dem Schwächsten, wieder an eine Tagesstruktur herangeführt zu werden. Die vereinbarten Leistungen können jederzeit von der Gemeinde angepasst werden. Weiter kann der Sozialhilfemissbrauch aufgedeckt werden. In der Vorlage vor vier Jahren war eine kurze, summarische Berichterstattung beigelegt, welche aufzeigte, wie sich die Austritte, respektive Übertritte in Anstellungen und weiterführende Programme auf die Sozialhilfeausgaben ausgewirkt hatte. Die EVP hätte in dieser Vorlage eine solche Berichterstattung begrüsst. Wenn wir sehen, im Jahre 2007 war dies eine Summe von CHF 240'000.-, die eingespart werden konnte. An dieser Stelle sprechen wir von der EVP dem Betreuerstab, Erich Schüpbach, Roland Suter, Otto Jenzer, Christian Berger sowie allen ehrenamtlichen Mitarbeitenden ein grosses Dankeschön aus. Sie identifizieren sich täglich mit dieser Arbeit und setzen Geduld, Fürsorge und persönliches Engagement für die Menschen in diesem Beschäftigungsprogramm ein. Ebenso ein Dank an die Departements- und Sozialvorsteher und dem Sozialdienst. Die Stärke der Gemeinde Worb misst sich am Wohl der Schwachen. Die EVP empfiehlt, dieser Vorlage zuzustimmen.

Wermuth Bruno, SVP: Beschäftigt zu sein gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Dabei erlebt er Sinn, Beachtung und sicher auch Selbstwert, was wir hier schon mehrmals gehört haben. Mit dem Angebot „Arbeit und Beschäftigung“ hat sich hier in Worb die Ausgangslage für die Sozi-

aldienste, seiner Zeit auch im Zusammenhang mit den neuen SKOS-Richtlinien wesentlich verbessert. Die ausgesteuerten Sozialhilfebezüger können gezielter und in dem Sinne auch übersichtlicher begleitet werden können. Das Projekt „recy“ soll sicherlich auch für sozial ausgegrenzte und benachteiligte Menschen eine Möglichkeit bieten, sich wieder in der Gesellschaft einzugliedern. Indem sie ihr Selbstwertgefühl wieder neu entwickeln können, Selbstachtung wieder finden und die Eigenverantwortung wieder übernehmen. Zudem entdecken sie die Freude am Leben und erleben wie es ist, wieder zu arbeiten. Ich möchte an dieser Stelle den Verantwortlichen des „recy“ ganz herzlich danken. Die Arbeit, die sie leisten, ist nicht selbstverständlich und braucht viel Engagement. Aber ich möchte auch allen anderen hier in der Gemeinde danken, die sich für diese Leute auch einsetzen, vielleicht im privaten Bereich oder solche, die einen kleineren Betrieb führen und auch dort solche Leute einsetzen und begleiten können. Den Personen kann eine gewisse Freude vermittelt werden und sie entwickeln ein neues Selbstwertgefühl. Ich denke, dass wir ein sehr gutes Beschäftigungsprogramm in Worb haben und es wäre schade, wenn dieses nicht mehr weitergeführt würde. In diesem Sinne stimmt die SVP dem Antrag vom Gemeinderat zur Weiterführung des Beschäftigungsprogramms für ausgesteuerte Sozialhilfebezüger ganz sicher zu.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 32 zu 0 Stimmen genehmigt. Somit ist in Anwendung von Art. 48 Bst. e der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Die Produktdefinition „Arbeits- und Beschäftigungsprojekt“ wird genehmigt.
2. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 48 Bst. e
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35
 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Motion der SP-Fraktion betreffend Zukunft Rüfenacht

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 338	10.09.2012	5	2009/12-395	478	31/0/1

Zeh Weissmann Heiko, SP: Der Brand des Restaurants Sonne und des Bauernhofs vom 6. Februar 2012 hat ein Wahrzeichen von Rüfenacht zerstört. Der Verlust bietet aber auch Chancen. Die fehlenden Einkaufsmöglichkeiten und ein Dorftreffpunkt können neu geschaffen werden. Die örtliche Lage ist ideal. Es ist ein zentraler Knotenpunkt und der Ort liegt in der Nähe der Tramlinie sowie an der Durchgangsstrasse. Der Zeitpunkt ist ebenfalls ideal. Planer und Investoren stehen beim Eigentümer Schlange. Die Gemeinde soll die Bedürfnisse der Öffentlichkeit wahrnehmen und in diesen Planungsprozess einbringen. Die Bevölkerung von Rüfenacht will einen schönen Dorfeingang, Ein-

kaufsmöglichkeiten und einen Treffpunkt. Mit dem Eigentümer sollten Varianten zur zukünftigen Nutzung erarbeitet werden. Es sollte eine städte- oder dorfbauliche Analyse erarbeitet werden, denn die zukünftige Überbauung soll städtebaulich und architektonisch ein Highlight werden. Ein Highlight im Sinne eines Lichtblickes oder einer Sonne in Rüfenacht.

Gemeinderat Kaufmann Jürg, Departementsvorsteher Planung: Der Vorstoss will den Gemeinderat beauftragen zu überprüfen wie das Sonne-Areal in Zukunft genutzt werden soll. Zudem soll eine städtebauliche Analyse über das prägende Gebiet erlassen werden und der Gemeinderat soll sicherstellen, dass die zukünftige Nutzung den hohen städtebaulichen und architektonischen Anforderungen genügt. Gemäss der gültigen Bauverordnung befindet sich das Sonne-Areal in der Kernzone 11, sprich einer Zone mit Planungspflicht (ZPP). Eine solche Zone erfordert eine Ausarbeitung einer Überbauungsordnung, die Durchführung eines Architekturwettbewerbes oder ein gleichwertiges Verfahren. Mit all diesen Verfahren wird sichergestellt, dass die hohen Qualitätsanforderungen erfüllt werden können. Der Einbezug der Gemeinde ist auf diese Weise sichergestellt und weitere mitwirkungsähnliche Verfahren sind möglich und von uns angestrebt. Der Gemeinderat, das Departement Planung, die Planungskommission sowie die Bauabteilung sind sich der hohen Bedeutung des Sonnenareals sehr wohl bewusst. Wir werden alles daran setzen, dass die zukünftige Überbauung den gewünschten Anforderungen genügt und entspricht. Der Gemeinderat hat mit den Eigentümern Kontakt aufgenommen und hat die Haltungen sowie die Erwartungen der Gemeinde erläutert. Wir haben die Möglichkeiten aufgezeigt und unsere Unterstützung im Rahmen der Planung zugesichert. Allerdings, und dies ist ein wichtiger Punkt, kann die Gemeinde die Grundeigentümerin zu einer Zusammenarbeit nicht verpflichten. Dies wird im Vorstoss gefordert. Aus diesem Grund kann der Vorstoss auch nicht als Motion, sondern nur als Postulat überwiesen werden. Die Grundeigentümerin hat sich in der Zwischenzeit entschlossen eine Überbauungsordnung auszuarbeiten und nicht einen Architekturwettbewerb zu fördern. Die Überbauungsordnung beruht natürlich auf der Basis des gültigen Baureglements, welches schon sehr viele Punkte festhält. Die Wichtigsten möchte ich kurz erläutern. Unter dem Planungszweck ist vorgeschrieben, dass die Bedeutung von Geschäfts- und Einkaufsbereich besonders zu berücksichtigen ist. Ebenfalls ist die städtebauliche und architektonische Lage sonderlich zu beachten. Wertvolle Bauten und Baugruppen sind mit ihrem Umfeld zu schützen. Die Erschliessungs- und Parkiermöglichkeiten sind zu optimieren. Zudem sind Abstellplätze für Fahrräder nötig und die ganze Platzgestaltung ist mit einzu beziehen. Ebenfalls ist das Nutzungsmass definiert. Es können dreigeschossige Gebäude mit einer Höhe von zehn Metern errichtet werden mit einer Ausnutzungsziffer bis zu 1.2, wenn ein übergeordnetes Konzept vorliegt. Die Nutzungsart schreibt explizit vor, dass im Erdgeschoss Geschäfte angesiedelt werden müssen. In den übrigen Geschossen können Wohnen, Büro, Praxen oder auch Gastgewerbe untergebracht werden. Im Weiteren sind die Gestaltungsgrundsätze definiert, indem städtebaulich klar definierte Plätze und Räume verlangt werden. Die Ausrichtung des Publikumsverkehrs soll auf öffentliche Bereiche ausgelegt werden und ein für Fussgänger attraktiver Vorbereich wird verlangt. Wie bereits erwähnt, haben diverse Gespräche mit der Grundeigentümerin und dem beauftragten Planer stattgefunden. Wir dürfen feststellen, dass Eigentümer wie auch der Planer sich der speziellen Situation sehr wohl bewusst sind und sie sind, in den Interessen aller Beteiligten an einer einvernehmlichen, guten und offenen Zusammenarbeit mit der Gemeinde interessiert. Der Gemeinderat fühlt sich durch den Vorstoss in seiner Arbeit unterstützt und wir beantragen euch, diesen in der Form des Postulats zu überweisen.

Jorio Nicola, GLP: Wie ich bereits in der Juni-Ausgabe der Worber Post geschrieben habe, hat Rüfenacht praktisch alle öffentlichen Einrichtungen und Treffpunkte verloren, welche für mich persönlich in meiner Kindheit oder Jugend wichtig waren. Zum Beispiel der berühmte Kastanienbaum, bei

dem sich Schulklassen für den Maibummel versammelt haben und die Pfadi ihre Übungen gestartet hat. Der kleine, angrenzende Park indem sich junge Leute trafen, musste einem Feuerwehrdepot und einer Abfallentsorgung weichen. Mittels restriktiver Regelungen und richterlichen Verboten wurden jungen Menschen, welche sich lediglich einen Treffpunkt in Rüfenacht suchten, vom Schulhausplatz und von der Post vertrieben. Rüfenacht wurde in weniger als 15 Jahren zu einem Dorf degradiert, wo nicht mehr gelebt, sondern nur noch gewohnt wird. Mit dem abgebrannten Restaurant, dem fehlenden Kastanienbaum und der unsicheren Zukunft des Kirchgemeindehauses haben wir heute die einmalige Möglichkeit Rüfenacht wieder zu beleben. Aus diesem Grund steht die GLP voll und ganz hinter der Motion der SP.

Suter Harry, EVP: Eine Zone mit Planungspflicht (ZPP) ist mit ganz vielen Auflagen versehen. Die Gemeinde kann aber keinen direkten Einfluss auf die Lösung des privaten Eigentümers ausüben. Wir sind der Meinung, dass das Anliegen der Rüfenachter Bevölkerung ernst genommen werden muss. Aus diesem Grund würden wir die vorliegende Motion als Postulat unterstützen.

Messerli Gregor, FDP: Die SP hat Recht. Es gibt keine idealen Einkaufsmöglichkeiten oder Treffpunkte für die Rüfenachter Bevölkerung. Ich bin seit rund 40 Jahren in Rüfenacht zu Hause und leider hat Rüfenacht in dieser Zeit nicht wirklich Aufschwung erlebt. Früher gab es eine Metzgerei mit frischem Fleisch, eine Bäckerei, welche frisches Brot verkauft hat und auch ein Blumenladen war einmal im Dorf. Es gab während all der Jahre verschiedene Restaurants und der Kastanienbaum war auch ein Treffpunkt in meiner Jugendzeit. Das Kirchgemeindehaus ist ebenfalls auf ungewissen Pfaden. Nichtsdestotrotz möchte ich die positiven Seiten von Rüfenacht erwähnen, denn diese sind vorhanden. Die Rüfenachter Strassen werden von Fahnen geziert und ein Grossverteiler hat seine kleine Verkaufsstelle auf Vordermann gebracht. Ebenso besteht in Rüfenacht ein Pizza- und Kebapkurier und es gibt eine Poststelle. Es gibt Coiffeure, drei Tramstationen und diese sind in der Zwischenzeit sogar die Treffpunkte der Jugendlichen geworden. Gemeinderat Jonathan Gimmel hat in seinen Ausführungen vom 14. Mai 2012 auf die Fragen der FDP sehr treffend geantwortet. Die FDP wollte dazumal wissen, was der Gemeinderat eigentlich betreffend dem Thema „Zentrum Rüfenacht“ unternimmt. Was unternimmt er, dass auch in Zukunft Versammlungslokale zur Verfügung stehen? Zudem hat die FDP gefragt, wie auf dem Sonneareal ein Zentrum mit einem möglichst hohen Niveau sichergestellt werden kann. Ich zitiere aus dem Protokoll dieser Sitzung: „Dieses Land gehört aber nicht uns. Somit führt der Weg über den Grundeigentümer. Das Departement Planung steht im Kontakt mit dem Grundeigentümer und der vorgesehene Weg wird zusammen diskutiert.“ Diese Aussage hat uns Gemeinderat Jürg Kaufmann mit zusätzlichen Informationen heute bestätigt. Die FDP ist der Meinung, dass das Geschäft gut ist, jedoch geht die Motion über die Ziele hinaus. Die FDP beantragt die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Zeh Weissmann Heiko, SP: Die SP-Fraktion ist bereit, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird.

Beschluss:

Die in ein Postulat umgewandelte Motion der SP-Fraktion betreffend Zukunft Rüfenacht wird grossmehrheitlich als erheblich erklärt.

Postulat der SP-Fraktion betreffend Vermittlung von Freiwilligenarbeit in Worb

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 338	10.09.2012	6	2009/12-396	480	40/10/0

Fröhlich-Zysset Binia, SP: Das Jahr 2011 war das Jahr der Freiwilligenarbeit. In der Dezemberausgabe der Worber Post wurde dieses witzige und augenfällige Inserat publiziert: Fleissige Ameisen (die Freiwilligenarbeiter) bilden den Schriftzug „Merci“ (Folienaufgabe. Die Protokollführerin). Schön! Mit dieser netten Geste hat sich der Gemeinderat für die 350'000 Stunden freiwilligen Engagements bedankt. Er rühmt im Inserat auch, dass Freiwilligenarbeit in Worb einen hohen Stellenwert und Tradition hat. Das ist unbestritten, denn in Worb gibt es viele Institutionen, repräsentiert von aktiven Menschen, die Aufgaben übernehmen, die unserer Gesellschaft dienen. Nun finden wir, dass dieses „Merci“ zwar sehr schön ist, aber nicht genügt. Wir möchten, dass die Gemeinde die Freiwilligenarbeit aktiver unterstützt. Dabei denken wir an eine Vermittlungsstelle, wo sich suchende Institutionen und potentielle Freiwillige finden könnten. Wir stellen uns z.B. vor, dass Interessierte auf der Gemeinde-Webseite den Suchbegriff Freiwilligenarbeit eingeben können, und sie werden auf eine solche Plattform weitergeleitet. Im Oktober 2011 hat Hanspeter Stoll in der Antwort auf die Interpellation „Freiwilligenjahr“ von Kühn Christa bestätigt, dass in der Schweiz die Menge der geleisteten freiwilligen Einsätze rückläufig ist; d.h. in unserer Gesellschaft scheint sich ein Wandel zu vollziehen, offenbar geschieht ein Rückzug ins Private. Eine solche Entwicklung in Worb würden wir sehr bedauern. Wir sind überzeugt, dass es möglich ist, eine Vermittlung von Freiwilligenarbeit mit relativ wenig Aufwand zu organisieren und dass damit die erwähnte Tendenz aufgehalten werden könnte. Wir bitten euch das Postulat zu überweisen.

Gemeinderat Stoll Hanspeter, Departementsvorsteher Soziales: Ich kann diese Analyse, welche Binia vorgestellt hat, nahezu nahtlos unterstützen. Die Wichtigkeit der Freiwilligenarbeit ist immer wieder zu betonen. Diese Arbeit gehört zu unserer Gesellschaft und es ist unbestritten, dass wir diese Arbeit nicht missen möchten. Ich danke dir, dass du diesen Schriftzug mit den Ameisen gezeigt hast. Viele Personen haben nicht realisiert, dass dies ein „Merci“ darstellen sollte. Dies war eines der Zeichen vom Gemeinderat für die Freiwilligenarbeit. Der Gemeinderat hat aber noch weitere „Dankeschöns“ organisiert. Es gab ein Apéro, diverse Publikationen in der Worber Post und zudem werden zehn Plätze für die Worber Saalkonzerte gratis zur Verfügung gestellt. Vielleicht gehen diese Tickets manchmal vergessen. Zudem besteht der Sozialdienstausweis, welcher die Einsatzzeiten der Freiwilligenarbeit bestätigt. Ich möchte zu eurem Statement eine Bemerkung anbringen. Der Gemeinderat teilt die Ansicht nicht, dass immer mehr Vereine, Institutionen, Parteien usw. Aufgaben der öffentlichen Hand übernehmen müssen. Die meisten Aufgaben, welche die Institutionen übernehmen, sind aus sozial-gesellschaftlichen, kulturellen und finanziellen Gründen äusserst wichtig und unverzichtbar. Es ist hinzuzufügen, dass diese Aufgaben nicht immer Kernaufgaben der öffentlichen Hand sind. Die Rahmenbedingungen zu fördern, die Tätigkeiten zu anerkennen, dies gehört zu den Kernaufgaben der öffentlichen Hand. Es ist auch richtig, dass sich immer mehr ältere Menschen für unsere Gesellschaft engagieren. Ein wunderbares Beispiel ist der Verein VSeSe. Dieser Verein stellt bereits eine Vermittlung und eine Website zur Verfügung. Im Zusammenhang mit dem Altersleitbild werden wir dies berücksichtigen und eine Koordinationsstelle einrichten. Nichtsdestotrotz sind wir vielleicht noch nicht ganz auf dem Höhepunkt, was die Vermittlung von Freiwilligenarbeit angeht.

ligenarbeit betrifft. Aus diesen Gründen ist der Gemeinderat der Meinung, euer Ziel weiterzufördern und er empfiehlt euch eine Erheblicherklärung des Postulates.

Masciadri Monica, FDP: Der FDP liegt das Thema der Freiwilligenarbeit ebenfalls sehr am Herzen. Die Hochachtung von all den ehrenamtlich geleisteten Stunden ist gross und wir wissen auch um die Schwierigkeiten die es gibt, Freiwillige zu finden für Anlässe wie das Dorffest oder das Schülerturnier. Genau so schwierig ist es Präsidentinnen und Präsidenten für Vereine zu finden. Von daher ist dieses Thema bestimmt sehr wichtig. In Worb bestehen sehr viele Vereine, ehrenamtliche Organisationen, politische Gremien. Für all diese Organisationen braucht es Präsidentinnen oder Vorsitzende oder wie auch immer die Bezeichnung dafür ist. Wir alle wissen, dass es nur einen einzigen Weg gibt, Menschen für die Mithilfe zu bewegen. Man geht den Bekanntenkreis in den Gedanken durch, anschliessend fragt man im erweiterten Bekanntenkreis nach weiteren Namen und schlussendlich wird am Telefon argumentiert und man versucht möglichst zu überzeugen, ja manchmal sogar zu überreden. Man muss mit Absagen aus guten Gründen sowie mit faulen Ausreden leben. Irgendwann wird man vielleicht fündig. Wer glaubt, dass eine Vermittlungsbörse einem diese, manchmal mühsame und frustrierende Arbeit abnehmen kann, der irrt gewaltig. Motivation findet nicht im Internet, sondern in persönlichen Gesprächen statt. Das ist der erste Grund, weshalb die FDP-Fraktion die Vermittlungsbörse der SP nicht befürwortet. Der zweite Grund ist, dass eine solche Vermittlungsbörse Arbeit generiert. Eine Vermittlungsbörse im Internet muss eingerichtet, organisiert, koordiniert und aktualisiert werden. Dieser „Jemand“ von der Verwaltung wird dies gegen bezahlte Arbeit leisten. Arbeit, die vom Steuerzahler bezahlt wird. Die FDP ist der Meinung, dass wir die Zeit sowie die Steuergelder, welche eine Börse und ein allfälliges Handbuch generieren würden, besser für weitere, grosse „Dankeschöns“ an all die Freiwilligen in Worb investieren.

Wälti Martin, SVP: Wir hörten heute bereits sehr spannende Voten zur Freiwilligenarbeit. Die SVP-Fraktion kann sich dem Votum der FDP nahezu anschliessen. Die Freiwilligenarbeit ist ein fast unbezahlbares Gut. Wir denken nicht, dass die Freiwilligenarbeit einen Rückgang erlitten hat, weil es keine Vermittlungsbörse gibt, sondern dass es eine gesellschaftliche Entwicklung ist, dass Freiwilligenarbeit nicht mehr im Trend liegt. Früher war ein Ehrenamt etwas, auf das man stolz sein konnte. Dies führte zum Erfolg, dass so viele Menschen unbezahlte Arbeit leisteten. Wir alle leisten hier im Parlament Freiwilligenarbeit. Heute war auf dem Internetportal Bern-Ost zu lesen, dass die Grüne Partei bei den Wahlen mangels Kandidatinnen und Kandidaten nicht antreten wird. Ich bin davon überzeugt, dass die verantwortlichen Personen alles dafür getan haben, dass eine Wählerliste zu Stande gekommen wäre. Es ist schwierig freiwillige Mitarbeitende zu finden, dies erlebe ich tagtäglich in den Vereinen, in welchen ich tätig bin. Ein grosser Teil der Bevölkerung arbeitet nur noch gegen Bezahlung. Worb kann ein sehr vielfältiges Vereinsleben ausweisen. Zudem gibt es etliche Parteien, Genossenschaften und Stiftungen. Die Personen, die dahinterstehen, geben enormen Einsatz. Eingangs habe ich es bemerkt, dass dies eine beinahe unbezahlbare Leistung ist. Die Schweiz ist ein Land, in dem sehr viel Freiwilligenarbeit geleistet wird. Dies ist auch sichtbar, wenn wir einen Vergleich mit unseren Nachbarn machen oder sogar weltweit. Die Vermittlungsbörse tönt grundsätzlich gut, aber aus den genannten Gründen würde sich die vorgeschlagene Variante wohl nicht lohnen. Auf dem bereits bestehenden Internetportal können bereits Freiwillige gesucht und je nachdem auch gefunden werden. Aus all diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion den Vorstoss ab.

Beschluss:

Das Postulat der SP-Fraktion betreffend Vermittlung von Freiwilligenarbeit in Worb wird mit 18 zu 13 Stimmen als nicht erheblich erklärt.

Postulat der SP-Fraktion betreffend Samstagsmarkt

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 338	10.09.2012	7	2009/12-397	481	53/40

Ramseier-Doevendans Anneke, SP: Der Samstagsmarkt findet auf dem Bärenplatz statt. Der Bärenplatz ist für viele Leute ein Ärgernis in Worb, weil er sich meistens ziemlich verlassen präsentiert. Münsingen und Belp haben gut besuchte Samstagsmärkte. Diese Märkte werden im Internet präsentiert und es wird aufgezeigt, welches Angebot am Markt anzutreffen ist. Am Samstagsmarkt in Worb sind lediglich vier Marktstände. Manchmal ist das Angebot bereits früh morgens ausverkauft, besonders das Brot. Somit müssen die Käufer noch in die grösseren Supermärkte gehen um einzukaufen. Das Postulat wurde im März 2012 eingereicht und seit dem 23. Juni 2012 ist der Wochenmarkt auf der Gemeindeforum publiziert. Im Internetportal Bern-Ost wurden die Marktfahrer präsentiert. Es wäre wünschenswert, wenn ein grösseres und vielfältigeres Angebot an Produkten am Markt angeboten werden könnte. Es würde ein Anreiz für die Käuferschaft geschaffen. Der Wochenmarkt wird nun im Internet präsentiert, aber vielleicht wäre auch mal eine Anzeige für Marktfahrer im Amtsanzeiger Konolfingen lohnenswert. Die Adresse an die sich die Marktfahrer wenden können ist bekannt. Ich wäre dankbar, wenn der Gemeinderat noch mehr investieren würde, um den Worb Samstagsmarkt lebendiger machen zu können. Aus diesen Gründen bitte ich euch, das Postulat als erheblich zu erklären.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Sicherheit: In diesem Vorstoss wird der Gemeinderat aufgefordert, zu prüfen, wie der Samstagsmarkt an Attraktivität gewinnen kann. In der Begründung werden zwei mögliche Handlungsfelder erwähnt. Die Signalisation, die auf den Samstagsmarkt aufmerksam macht, und Events, die den Samstagsmarkt beleben und attraktiver machen sollen. Zuerst zur Signalisation: Am Samstag wird am Eingang des Bärenplatzes jeweils ein kleines Hinweisschild aufgestellt, das auf den Wochenmarkt hinweist. Dieser kleine, knappe Hinweis wird auch durch die Marktfahrer bemängelt. Dieses Schild wird deshalb nun durch ein F4-Plakat ersetzt, das jeweils Samstagvormittag aufgestellt wird und auf den Wochenmarkt hinweist. Der Gemeinderat erachtet es aber als wenig zweckmässig, jede Woche durch die Weggruppe weitere Hinweisschilder für den Wochenmarkt aufstellen zu lassen. Der Hinweis zum Internetportal Bern-Ost hat Anneke Ramseier bereits erwähnt. Zu den Events, die den Wochenmarkt beleben sollen. Hier liegt folgende Ausgangslage vor: Der Bärenplatz ist im Besitz der Stockwerkeigentümer-Gemeinschaft des Bärenzentrums Worb. Diese setzt sich zusammen aus Coop Bern, den übrigen Besitzerinnen und Besitzern von Ladenlokalitäten, den Besitzerinnen und Besitzern von Büros, den Eigentümerinnen und Eigentümern der Wohnungen und der Gemeinde Worb. Beim Bärenplatz handelt es sich gemäss Benützungs- und Verwaltungsreglement um einen privaten Platz mit beschränkter öffentlicher Benutzung. Ohne besondere Bewilligung der Stockwerkeigentümer sind folgende Anlässe gestattet: allgemeine Wochenmärkte und ein Weihnachtsmarkt, 1. August-Feier mit Überzeitbewilligung bis 03.30 Uhr, Fasnacht im Februar mit Überzeitbewilligung bis 03.30 Uhr, fünf Anlässe bis 00.30 Uhr, fünf Anlässe bis 20.30 Uhr. Für die Durchführung von weiteren Anlässen und damit auch für die gewünschten Events ist grundsätzlich die Bewilligung des konstanten Ausschusses der Stockwerkeigentümer-Gemeinschaft erforderlich. Dabei ist zu erwähnen, dass der Ausschuss seine

Beschlüsse mit Einstimmigkeit der anwesenden Mitglieder fasst. Dies ist sicherlich ein Grund dafür, dass Gesuche für Events in der Vergangenheit nur sehr zurückhaltend bewilligt worden sind. Wir haben die Marktfahrer befragt, wie sie die Situation des Wochenmarktes und das Anliegen des Postulates einschätzen. Die vier Marktfahrer sind mit dem Geschäftsverlauf zufrieden. Sie verfügen über eine treue Stammkundschaft, was dazu führt, dass einzelne Artikel jeweils schon früh ausverkauft sind. Sie würden es zwar begrüßen, wenn der Platz besser belebt wäre, weil dies mehr Laufkundschaft bringen könnte. Gleichzeitig wird aber befürchtet, dass Event und insbesondere Musikevents die Stammkundschaft abhalten könnten. Gemäss Aussagen der Marktfahrer ist schon jetzt genügend Potential für zusätzliche Marktstände vorhanden, das durch weitere Marktfahrer genutzt werden könnte. Es fehle aber schlicht an Interessenten, die selber einen Marktstand betreiben wollen. Diese Aussagen, und insbesondere die letzte Aussage, werden durch unsere Kontaktperson des Worber Wochen-Markt, Fritz Schmutz, vollumfänglich bestätigt. Er hat selber viel Aufwand geleistet und wirbt weiterhin bei Landwirten für den Samstagsmarkt. Wie wir alle wissen und sehen, hat er bisher wenig Erfolg gehabt. Er sucht aber weiterhin Landwirte, die ihre Produkte am Wochenmarkt verkaufen würden. Aus allen diesen Gründen beantragt der Gemeinderat, dass dieser Vorstoss nicht erheblich erklärt wird.

Seematter Adolf, EDU: Mich befremdet die Haltung des Gemeinderates ein wenig. Der Gemeinderat ist beauftragt den Bärenplatz zu beleben. Die bestmögliche Variante, dass dieser Platz mehr lebt, wäre ein Markt. Wenn ich die Aussage höre, dass die Marktfahrer nicht an einem Halbtagesmarkt interessiert sind, dann muss ein Tagesmarkt eingeführt werden. Es wäre möglich, dass ein Frühlings- sowie ein Spätsommermarkt zusätzlich zum bestehenden Weihnachtsmarkt angeboten würde. Aus diesen Gründen bin ich dagegen, dass nun dieses Postulat abgeschrieben wird. Eine vertiefte Prüfung mit dem Angebot eines Tagesmarktes wäre möglich.

Masciadri Monica, FDP: Mit der Forderung nach Plakaten und Inseraten, die auf den Samstagsmarkt auf dem Bärenplatz hinweisen soll, wird „Pflasterlipolitik“ betrieben, die der Komplexität dieses Themas eigentlich beinhaltet, nicht gerecht wird. Anneke hat gesagt, dass dieser Markt eigentlich kein Markt ist. Es sind vier isolierte Marktstände, deren Angebot zwar qualitativ wunderbar ist, aber eben zu klein um für mehr Nachfrager oder Anbieter attraktiv zu sein. Deshalb benötigt Worb nicht gedruckte Schilder und Inserate, welche zum Platz führen, sondern Massnahmen die weiterführen. Eines der fünf erklärten Ziele der FDP heisst „Verkehr raus – Leben rein“ unter anderem durch Verkaufsläden. So will die FDP das Regionalzentrum stärken, so dass wir nicht eine Schlafgemeinde werden. Schauen wir doch in diesem Zusammenhang einmal über den Rand des Bärenplatzes hinaus. Schauen wir nicht gleich bis an die Bern- oder Bahnstrasse, die wegen der Umfahrung in rund fünf Jahren verkehrsberuhigt und umgestaltet sind. Schauen wir nur an die Hauptstrasse. Die Bäckerei hat investiert. Der Grossverteiler hat investiert. Dank dem Engagement von Worberinnen und Worber zeichnet sich für das Kino Worb eine Lösung ab. Die Fläche von Haar- und Regalino wird wiederbelebt. Die Schaufenster werden zum Teil den Gewerbebetreibern zur Verfügung gestellt. Die Bank ist ebenfalls im Umbruch. Dies bedeutet, dass sich viele Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe für den Standort Worb und insbesondere für die Hauptstrasse aussprechen. Kein Wunder, denn keine andere Strasse in Worb ist so gut für den öffentlichen wie für den Individualverkehr erschlossen wie diese. Es hat genügend Parkplätze und der Bahnhof ist wenige Meter entfernt. Wenn dann im Zuge der Umfahrung der Sternplatz Realität wird, dann könnte die Hauptstrasse zur Ladenstrasse erster Güte werden. Schon heute bietet sich die Hauptstrasse an, damit sie belebt und gestärkt werden kann. Ein erstes Treffen mit Gewerbebetreibern, Dienstleistungsbetrieben und Bewohnern ist aufgrund von privater Initiative in Vorbereitung. Die verschiedenen Bedürfnisse werden unter einen Hut gebracht und die Strasse soll möglichst attraktiv werden

und bleiben. Hier wird die öffentliche Hand eventuell gefordert sein, damit die Marktbetreiber am Bärenplatz vom Standort Hauptstrasse überzeugt werden können, indem wir die Ladenbesitzer an der Hauptstrasse zu motivieren versuchen, dass sie ihre Ware am Samstag zum Teil feilbieten. Zudem sollen allfällige bauliche oder organisatorische Massnahmen bei der Strassengestaltung unterstützen. Diese ganzheitliche Betrachtung ist ein Thema der FDP und sie will sich für eine attraktive Hauptstrasse, die am Samstagmorgen zu einem attraktiven Zentrum wird, einsetzen. Darum erteilen wir dem SP-Postulat eine Absage.

Hirsbrunner Bruno, SVP: Dieses Postulat wird zu einem Zeitpunkt behandelt, indem die Marktsaison nicht sehr attraktiv ist, dies wäre im Frühling anders gewesen. Nichtsdestotrotz war die SVP-Fraktion ebenfalls erstaunt von der Beantwortung des Gemeinderates. Einmal mehr zeigt sich eine Position in der Warteschleife anstatt aktiv vorzugehen. Es ist bekannt, dass in der Vergangenheit nicht immer alles reibungslos lief mit dem Bärenplatz, aber es sollte trotzdem ein Neuanfang versucht werden. Mit relativ geringem Aufwand könnte wirkungsvolle Werbung für diesen Markt gestaltet werden. Auf der Worber Website wird dem Markt nicht sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt. Es gibt einen Hinweis auf die Kontaktperson, aber Details sind nicht vorhanden. Auf Bern-Ost sind Fotos von den Marktständen zu finden. Zudem stimmen die Angaben betreffend der Kontaktperson auf der Worber Website und Bern-Ost nicht überein. Die Gemeinde könnte damit werben, dass es für die Marktstände keine Bewilligung benötigt und die Standbetreiber dürfen gratis ausstellen. Der Standbetreiber muss lediglich mit der Kontaktperson in Kontakt treten und am folgenden Samstag kann bereits am Markt verkauft werden. Die Signalisationstafeln müssen nicht jede Woche neu aufgestellt werden. Die Tafeln, auf welchen die Gottesdienstzeiten vermerkt sind, werden auch nicht weggeräumt, sondern bleiben während der Woche bestehen. So könnte dies auch bei der Marktsignalisation geregelt werden. Somit würden auch Personen während der Woche auf den Markt aufmerksam. Dies wäre also eine kleine, aber effektive Werbemassnahme. Der Grossverteiler Coop ist interessiert, dass der Bärenplatz lebt und aktiv ist. Das Gewerbe, Vereine, Künstler, Betreiber von Ateliers und Handwerker hätten einen geeigneten Platz, um ihre Kunststücke zu verkaufen oder zu zeigen. Ich möchte darauf hinweisen, dass es einen „Schweizerischen Marktverband (SMV)“ gibt. Mit diesem Verband sollte Kontakt aufgenommen werden, damit auch der Worber Markt in Zukunft auf der Website www.marktverband.ch publiziert wird. Als Beispiel sind am 15. September 2012 18 Markteinträge vorhanden, welche mehrheitlich in der Zentral- und der Ostschweiz stattfinden. Zudem wäre es schön, wenn die Presse über den Marktstand in Worb berichten würde. Ein Markt, an dem gratis verkauft werden kann, und der unkompliziert läuft. Am nächsten Samstagmorgen wird schon ein Stand mehr am Markt vertreten sein und deshalb erklärt die SVP-Fraktion das Postulat als erheblich.

Beschluss:

Das Postulat der SP-Fraktion betreffend Samstagmarkt wird mit 20 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung als erheblich erklärt.

Postulat der SVP-Fraktion betreffend Kundenfreundliche Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 338	10.09.2012	8	2009/12-398	484	13/10

Gambon Albert, SVP: Im Sinne einer Ergänzung des Postulates möchte ich erwähnen, dass die gute Arbeit der Gemeindeverwaltung in keiner Art und Weise kritisiert wird. Uns geht es einzig und alleine um das Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern betreffend kundenfreundlichen Öffnungszeiten. Das Anliegen wurde dem Gemeinderat vorgelegt und wir bitten um die Überweisung dieses Postulates.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Die Personalkommission und der Gemeinderat haben die Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung ausführlich erörtert, als sie im Jahr 2010 die Neufassung der Personalverordnung erarbeitet haben. Auf eine Anpassung der Öffnungszeiten wurde damals bewusst verzichtet. Aufgrund des vorliegenden Postulats haben wir dieses Anliegen erneut überprüft. Wir können dazu folgende Sachverhalte und Überlegungen auflisten: Der Gemeinderat erwartet, dass in der Verwaltung effizient gearbeitet wird und dass die Telefondienstzeiten und die Schalteröffnungszeiten für das Publikum angemessen und im Quervergleich mit anderen Gemeinden vertretbar sind. Das Personal am Empfang und in den Sekretariaten der Verwaltungsabteilungen ist nicht nur für den Telefon- und den Schalterdienst zuständig. Diese Leute sind daneben zu einem beträchtlichen Teil auch für Sachbearbeitungen zuständig. Sie sind dazu auf Zeiten angewiesen, während denen sie sich ganz dieser Arbeit widmen können. Ein Grossteil des Publikums fragt nach Dienstleistungen von Sachbearbeitenden. Die Person am Telefon oder am Schalter kann die gewünschte Dienstleistung oft nicht selber erbringen. Eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Schalter an den einzelnen Arbeitstagen oder in der Altjahrswoche erfordert deshalb, dass gleichzeitig auch die Sachbearbeitenden anwesend sein müssen. Wenn einzelne Sachbearbeitende dann nur noch das Ende der verlängerten Öffnungszeit abwarten, verliert das Instrument "Gleitende Arbeitszeit" seine Wirkung und die Effizienz der Verwaltung nimmt ab. Die Gemeindeverwaltung erbringt keine Leistungen des täglichen Bedarfs. Am ehesten lassen sich die Leistungen der Gemeinde noch mit Bankdienstleistungen vergleichen. Im Vergleich mit Banken hat die Gemeindeverwaltung aus Sicht des Gemeinderates ansprechende Öffnungszeiten. Übrigens: Pässe und Identitätskarten werden seit dem Jahr 2010 nicht mehr bei der Gemeinde bezogen. Auf Voranmeldung hin sind die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung sehr flexibel. Besprechungen können im Zeitraum zwischen 07.00 und 20.00 Uhr problemlos vereinbart werden. Für die Vereinbarung von Besprechungsterminen ist keine Ausdehnung der Öffnungszeiten erforderlich. Alle Mitarbeitenden haben eine eigene direkte Telefonnummer. Viele Mitarbeitende sind auf dieser direkten Nummer auch ausserhalb der offiziellen Telefondienstzeiten erreichbar. Alle Mitarbeitenden und alle Sekretariate haben eigene Mail-Adressen. Anliegen können jederzeit schriftlich eingereicht werden. Der Webauftritt der Gemeinde informiert sehr umfassend über die Dienstleistungen der öffentlichen Hand. Viele Dienstleistungen können über die Website vorbereitet oder sogar abgewickelt werden. Die Ausdehnung der Telefondienstzeiten und der Schalteröffnungszeiten ergibt, dass das Personal am Empfang und in den Sekretariaten der Verwaltungsabteilungen weniger Zeit für ihre Sachbearbeitungen hat, weil sie durch die längeren Telefondienstzeiten und Schalteröffnungszeiten von ihrer Arbeit in der Sachbearbeitung abgehalten werden. Bei sechs Schaltern (Empfang,

Bau, Polizei, Finanzen, AHV und Sozialdienste) ergibt die Verlängerung der Schalteröffnungszeiten pro Tag um eineinhalb Stunden 2'340 Stunden pro Jahr, bei denen nicht ungestört gearbeitet werden kann. Das entspricht ungefähr 130 Stellenprozenten. Die finanzielle Situation der Gemeinde lässt es nicht zu, dass Stellenprozente in diesem Umfang zusätzlich zur Verfügung gestellt werden können. Zum Anliegen betreffend der Altjahrswoche: Die Nachfrage nach Dienstleistungen der Gemeinde ist in der Altjahrswoche erfahrungsgemäss sehr gering. Die meisten Vorgesetzten und die meisten Sachbearbeitenden ohne Schalterdienst kompensieren deshalb in dieser Zeit ihre Gleitzeitguthaben. In den letzten Jahren sind keine regelmässigen Rückmeldungen eingegangen, wonach die Schliessung in der Altjahrswoche ein besonderes Problem darstellt. Der organisierte Pikettdienst hat sich als ausreichend erwiesen. Zum Schluss noch ein Blick über die Gemeindegrenze hinaus: In der Gemeinde Münsingen sind die Schalteröffnungszeiten im Jahr 2005 versuchsweise erweitert worden. An einem Wochentag hat man die Schalter bereits ab 07.30 Uhr geöffnet, an einem anderen Wochentag waren die Mitarbeitenden der Verwaltung bis 18.00 Uhr und am Freitag war die Gemeinde am Mittag ebenfalls erreichbar. Es wurde über eine längere Zeit erhoben, ob das Angebot in diesen neuen Zeiten genutzt wird. Das Ergebnis hat eine geringe Nachfrage gezeigt. Auf den 1. Januar 2007 hat Münsingen deshalb die Schalteröffnungszeiten wieder reduziert und bis heute unverändert weitergeführt. Der Gemeinderat hat die geforderte Prüfung bereits durchgeführt. Die Prüfung zeigt, dass seit dem Jahr 2010 keine neuen Sachverhalte aufgetreten sind. Der Gemeinderat sieht deshalb keinen Grund, seine damalige Beurteilung anzupassen und die Öffnungszeiten zu verlängern. Der Gemeinderat beantragt deshalb Erheblicherklärung mit gleichzeitiger Abschreibung des Vorstosses.

Federer Guido, SP: Die SP steht sowohl für einen guten Service public als auch für einen starken Arbeitnehmerschutz ein. Deshalb sind wir bezüglich diesem Postulat in einem Dilemma. Wir unterstützen den Postulatstext, jedoch nicht die Stossrichtung, welche durch die Begründer skizziert wird. Aus unserer Sicht sollten bei der Umsetzung folgende Punkte berücksichtigt werden: Wegen der angespannten Finanzlage der Gemeinde müssen erweiterte Öffnungszeiten kostenneutral realisiert respektive kompensiert werden. Eine generelle Verlängerung der Öffnungszeiten ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll um auch den Angestellten attraktive Arbeitsbedingungen gewährleisten zu können. Wir schlagen eine Ausdehnung an einem respektive an höchstens zwei Abenden vor, wie es heute schon ansatzweise umgesetzt wird. Zudem stellt sich die Frage, ob der Abend, welcher ausgewählt wird, nicht auch mit den Öffnungszeiten der Geschäfte kombiniert werden könnte. Die SP beantragt das Postulat zu überweisen.

Beschluss zur Erheblicherklärung des Vorstosses:

Das Postulat der SVP-Fraktion betreffend Kundenfreundliche Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung wird mit 21 zu 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen als erheblich erklärt.

Beschluss zur Abschreibung des Vorstosses:

Der Antrag auf Abschreibung des Postulates wird mit 17 zu 12 Stimmen abgelehnt.

Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Durchgang Sommerweg

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 338	10.09.2012	9	2009/12-399	603	33/20/3

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Das Hauptproblem beim Sommerweg bestand darin, dass der westliche Teil des Weges im Anschluss zur Eggasse auf der Parzelle 2015 liegt und kein öffentliches Wegrecht im Grundbuch eingetragen ist. Nach langjähriger Duldung machte nun der Grundeigentümer von seinem Recht Gebrauch und verbot den Durchgang über die Parzelle 2015. Eine Enteignung wurde von uns als unverhältnismässig beurteilt, da der Grundeigentümer auf seiner angrenzenden Parzelle 4602 eine gute Lösung anbot. Die Verlegung des Weges in der Landwirtschaftszone braucht ein Baubewilligungsverfahren, welches vom Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) schlussendlich bewilligt wurde. Zu den konkreten Fragen. Erstens: Wann wird der Sommerweg wieder für die Bevölkerung freigegeben? Der Weg ist bereits erstellt und begehbar. Zweitens: Wird der Gemeinderat eine für alle Benutzer freundliche Variante anstreben und durchsetzen? Ich war am Samstag beim Sommerweg und die aktuelle Lösung ist befriedigend. Der Grundeigentümer ist zufrieden, die Spaziergänger sind glücklich und ich selber hatte das Gefühl, dass ich im Südtirol in den Ferien bin, da ich an den Apfelbäumen und an den Reben vorbeimarschieren konnte. Drittens: Wenn ja, in welchem Zeitraum? Diese Frage hat sich bereits erledigt.

Postulat der SP-Fraktion betreffend Worb Walk

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 338	10.09.2012	10	2009/12-400	652	31/62

„Der Gemeinderat wird beauftragt zu überprüfen, wie ein informativer Gemeinde Rundgang erstellt werden kann.

Begründung:

Ein Ziel der Bestrebungen der Gemeinde müsste sein, dass sich alle Worberinnen und Worber (auch Bewohner von Rüfenacht, Bangerten, Enggistein, Richigen, Ried, Vielbringen, und Wattenwil) als Mitglieder einer Gemeinschaft fühlen können. Dazu würde ein informativer Rundweg beitragen, ein Rundgang (zu Fuss oder mit Velo, in mehreren Etappen bewältigbar), der Interessierten vielfältige Informationen schriftlich oder akustisch (Audioguide) vermitteln könnte. Erst wenn die Bürger und Bürgerinnen die Gelegenheit haben die Teile einer Gemeinde, deren Geschichte, Geschichten, Schönheiten, Eigenheiten und Probleme kennen zu lernen, kann ein Verständnis für die andern und eine Identifikation mit der ganzen Gemeinde Worb entstehen. Dazu kommt, dass Worb mit einem "Worb Walk" ein attraktives Freizeitangebot für Alt und Jung bereitstellen wurde, welches in der Region beispielhaft wäre.“

Postulat der SP-Fraktion betreffend Ich bin Worb – wir sind Worb

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 338	10.09.2012	11	2009/12-401	653	14/20/0

„Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie das Zusammenleben in den acht Dörfern der Gemeinde Worb durch kulturelle, verbindende Angebote und Anlässe gefördert werden kann.

Begründung:

Ried, Richigen, Rüfenacht, Vielbringen, Wattenwil/Bangerten, Enggistein, Rüfenacht, Worb: Acht Dörfer tragen zur Lebensqualität, zur Identität und zur Stärke der Gemeinde bei. Mit kulturellen Veranstaltungen soll die Bevölkerung die Vielfalt in der Gemeinde besser kennenlernen und mehr Grund zum gemeinsamen Feiern haben.

- Worb mit seinen acht Orten ist eine dezentralisierte Gemeinde. Immer wieder hört man den Vorwurf, die einzelnen Teile wurden nicht gleich behandelt; es entsteht oft gar ein „Konkurrenzgedanke“.
- Kultur verbindet. Das Dorffest zur Eröffnung des Wisleparcs hat deutlich gezeigt, dass gemeinsame Anlässe ein "Wir-Gefühl" entstehen lassen. Ein grosser Event alle X Jahre hat allerdings keine dauerhafte Wirkung.
- Dauerhaftigkeit entsteht durch Regelmässigkeit. Dazu gehören sicher nicht bloss Dorffeste, sondern auch spezifische kleinere verbindende kulturelle Angebote.
- Die Postulanten sind sich bewusst, dass Worb ein reges Vereinsleben hat. Was kann der Gemeinderat beitragen, dass dieses z.B. auch von Neuzuziehenden besser wahrgenommen wird? Nach wie vor nicht erfüllt ist übrigens der Wunsch nach mehr Plakatierungsstandorten für Vereinsveranstaltungen.
- Lassen wir in Worb gemeinsame Kultur zur Kultur werden!“

Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Ladensterben resp. Erhalt von Ladenflächen in Worb – Fragwürdige Umnutzung von Ladenflächen in Büroflächen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 338	10.09.2012	12	2009/12-402	654	31/61

„In der Woche 34/12 wurde durch die Bauverwaltung einem Gesuch zur Umnutzung von Laden-/Verkaufsfläche in Büroräumlichkeiten stattgegeben. Die SVP-Fraktion erachtet diesen Entscheid vor dem Hintergrund des akuten Lädelersterbens in Worb als sehr fragwürdig. Gegenwärtig läuft eine Bevölkerungsbefragung bezüglich Einkaufsverhalten. Was diese bringen soil, wenn gleichzeitig beste Verkaufsflächen vernichtet werden, ist für uns schleierhaft. Nach unserer Meinung hat der Gemeinderat in den letzten Jahren die Zentrumsentwicklung völlig verschlafen.

Die Verkehrssanierung Worb bietet dem Worber Zentrum etliche Chancen, welche es zu nutzen gilt. Dazu braucht es aber nun klare Ziele und konsequentes Handeln. In diesem Zusammenhang stellen wir dem Gemeinderat nachfolgende Fragen:

1. Der Auszug von HaarArt Haldemann und Regalino Mode war ja seit längerem bekannt. Haben mit den Eigentümern und der Verwaltung der Liegenschaft Gespräche über die weitere Nutzung stattgefunden? Wenn ja wann und was wurde besprochen? Wenn nein, warum nicht?
2. Wurde die frei werdende Verkaufsfläche aktiv durch die Gemeinde vermarktet oder attraktive, publikumsgenerierende Firmen wie z.B. Swisscom für einen Swisscom-Shop kontaktiert? Wenn ja wann und was war das Erreichte? Wenn nein, warum nicht?
3. Gemäss Funktionendiagramm ist für das Baubewilligungsverfahren ausschliesslich die Bauabteilung zuständig. Laut unserer Kenntnis wurde das Gesuch in Rekordtempo im Alleingang der Bauverwaltung erledigt. Wurde die Wichtigkeit dieser Sache auch vom GR erkannt und dies im Gremium besprochen? Wenn ja wann? Wenn nein: Warum wurde dieses delikate Geschäft nicht zur Chefsache erklärt um allfällig andere, sinnvollere Lösungen mit dem künftigen Nutzer zu finden? In einer höheren Etage des Gebäudes steht notabene seit über einem Jahr ca. 60m² Bürofläche leer.
4. Wie gedenkt der GR in Zukunft solche Fälle zu verhindern?
5. Ist der GR auch wirklich daran interessiert dem „Lädelerben“ entgegenzutreten und aktiv mitzuhelfen neue Geschäfte nach Worb zu bringen? Oder soll weiterhin alles dem Wirtschaftsraum Bern überlassen werden?“

Interpellation der SVP-, SP- und GLP-Fraktion betreffend Infrastruktur in Rüfenacht

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 338	10.09.2012	13	2009/12-403	655	10/27

„Das kirchliche Zentrum Sperlisacker in Rüfenacht ist in seiner Existenz stark gefährdet. Mit dem Verlust dieser Institution würden auch der grosse Saal und weitere Räume wegfallen, die in den letzten dreissig Jahren zahlreichen Rüfenachter Vereinen dienten. Rüfenacht würde auf einen Schlag eine wichtige Voraussetzung für kulturelle, gesellschaftliche und soziale Aktivitäten verlieren. Die politische Gemeinde muss diesen Verlust an Infrastruktur und die damit einhergehende Verarmung des kulturellen Lebens in Rüfenacht aktiv verhindern. Wir verlangen vom Gemeinderat Antwort auf folgende Fragen:

1. Gedenkt der Gemeinderat sich für den Erhalt des Zentrum Sperlisacker einzusetzen?
2. Wenn nein: Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, um für Rüfenacht auch längerfristig ein Grundangebot an Infrastruktur für kulturelle, gesellschaftliche und soziale Aktivitäten sicherzustellen?
3. Wenn ja:
 - a. Steht der Gemeinderat im Hinblick auf die Schaffung und den Erhalt der nötigen Infrastruktur im Kontakt mit der Kirchgemeinde?
 - b. Ist der Gemeinderat zur Zusammenarbeit mit der Kirchgemeinde und ggf. zur Unterstützung der Kirchgemeinde bereit?
 - c. Sieht der Gemeinderat mögliche Synergien zwischen Gemeinde und Kirchgemeinde (z.B. Stichwort Platznot der Tagesschule Rüfenacht)?
 - d. Gibt es gemeinsame Vorhaben oder bereits realisierte Massnahmen?

4. Wie gedenkt der Gemeinderat angesichts der zeitlichen Dringlichkeit vorzugehen (Gefahr, dass das Zentrum Sperlisacker bald nicht mehr verfügbar ist)? Hat der Gemeinderat einen Zeitplan?“

Sitzungsende 21:15 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Heinz Stauffer
Präsident

Monika Gfeller
Protokollführerin

Genehmigung Genehmigt in der Sitzung vom 15. Oktober 2012.

Thomas Wälti
Sekretär